

der da belagt, daß die Verbände ihre Beiträge so zu gestalten haben, daß sie Streiks mit eigenen Mitteln zu führen imstande sind.

Im allgemeinen war es ein gutes Stück Arbeit, welches der Verbandstag in Halle im Jahre 1905 geleistet hat. In dem Bestreben der einzelnen Zahlstellvertreter, für ihre Zahlstellen „möglichst viel herauszuholen“, ist wohl auch verschiedentlich über das Ziel hinausgeschossen worden, denn ob z. B. die Krankenunterstützung im beschlossenen Umfang aufrecht zu erhalten ist, wird erst die Erfahrung lehren. Doch wie sich alle bemühten, ihr Bestes für die Interessen der Mitglieder zu leisten, so wird sich jetzt der Verbandsvorstand bemühen, die gefassten Beschlüsse im vollen Umfang zur Durchführung zu bringen. Auf dem Verbandstag wurden die geschaffenen Neueinrichtungen als Grundlage einer kräftigen Weiterentwicklung unseres Verbandes bezeichnet; je intensiver grundbesessen jetzt die Organisationsarbeit betrieben wird, um so leichter wird es der Verbandsleitung gelingen, den Verband über alle Nährnisse hinweg zu sicherem Fortschritt sowohl in der äußeren Ausdehnung, als auch in der inneren Sträftigung, zu führen. Hand in Hand mit dem Ortsverwaltungen wird dieses Ziel erreicht werden zum Segen unserer Mitglieder. —1.

V. General-Verammlung des Verbandes Deutscher Buchdrucker abgehalten in Dresden vom 19.—26. Juni 1905.

Am 18. Juni vereinigte ein sehr schön arrangierter Kommerz die Delegierten und Gäste, die von der Dresdener Mitgliedschaft mit großer Aufmerksamkeit empfangen und behandelt wurden. Fest- und Begrüßungsreden wurden vom Dresdener Vorsitzenden Wendische und von Döblin gehalten.

Die Verhandlungen begannen am 19. Juni, früh 9 Uhr und nahmen 98 Delegierte, 4 Vorstandsmitglieder des Verbandes und die Correspondent-Redaktion daran teil.

Aus Oesterreich waren die Vertreter Franz Reifmüller und Josef Dworacz-Wien anwesend, vom Schweizerischen Typographenbund Jacq. Schumpf-Bern, vom internationalen Buchdrucker-Sekretariat Paul Stautner-Bern und vom Verband der Gieß-Bohringischen Buchdrucker Alphons Schmolz. Die deutschen graphischen Berufe wurden vom Vorsitzenden des Lithographen- und Steindruckerverbandes, Otto Sillier, die Buchbinder von ihrem Vorsitzenden Emil Kloth und unser Verband durch Kollegen Otto Schulze-Leipzig und Paula Thiede-Berlin vertreten. Der Nechnschaftsbericht wurde weniger, dagegen die damit verbundenen Anträge über größere Selbständigkeit der Gauvorstände lebhaft diskutiert. Hierzu lagen eine Reihe Anträge vor, die von den Mitgliedschaften Erfurt, Kempen (Rheinl.), Aachen, Essen a. R., Bochum, Duisburg, Köln a. Rh., Hagen, Bonn, Miesfeld, Barmen, Münster, Elberfeld, Bremen, Gießen, Düsseldorf, Liegnitz, Braunschweig, Berlin und Leipzig gestellt waren. Die beiden zuletzt genannten größeren Gauen wollen bei bedrohter Koalitionsfreiheit und Maßregelung von Vertrauenspersonen selbständig, also ohne vorherige Bekanntheit der Dinge, vorgehen. Die sehr lebhafteste Debatte, die besonders von den Berliner Rednern und von Grafmann-Essen durch reiche Beispiele illustriert wurde, und die größere Bewegungsfreiheit der Gauvorstände für wirklich notwendig erscheinen ließ, wurde wiederum von anderen Rednern, allerdings oft ohne Angabe von Gründen für nicht notwendig, ja zum Teil sogar für gefährlich erklärt. Der Dresdener Vertreter Steinbrück befürchtete, daß mit Annahme der Anträge die Buchdrucker in den großen Gauen allgemeiner Arbeiterinteressen jenseit und warnt davor, alte, gut bewährte Grundsätze aufzugeben. Döblin kann auch diese größere Bewegungsfreiheit nicht als notwendig anerkennen und erklärt, daß dort, wo nach menschlichem Ermessen vor Ausbruch eines Konfliktes eine Verständigung nicht möglich war, der Zentralvorstand seine Unterstützung nicht verweigert habe und nicht zurückweichen werde. Andererseits werde er in Zukunft das weiteste Entgegenkommen zeigen, aber die Integrität des Verbandes müsse aufrecht erhalten werden. Sollte also ein Vorstand unvorhergesehenen Ereignissen gegenübergestellt werden, werde der Zentralvorstand dieser Sachlage Rechnung tragen, wie er es ja immer getan.

Nachdem noch einige Redner für und gegen die Anträge gesprochen haben, bringt Engel den Antrag ein, einer Kommission alle vorliegenden Anträge zu überweisen und soll diese dann eine Resolution vorlegen. Eine von Hildenbrand eingebrachte Resolution wird gegen 32 Stimmen angenommen und erfolgt Schluß der Debatte; es waren noch 28 Redner eingezeichnet, wovon ein Teil in persönlicher Bemerkung noch einiges richtig stellt. Die Resolution lautet:

„Die Generalversammlung akzeptiert die Erklärung des Zentralvorstandes, den Gauvorständen so wie bisher bei unvorhergesehenen Ereignissen die Entscheidung zu überlassen, unter Wahrung einer einheitlichen, die Interessen der Gesamtlegenenschaft Deutschlands, berücksichtigenden Aktion. Sie beschließt unter Anerkennung der bisherigen Haltung des Zentralvorstandes über die Anträge betreffend die Erweiterung der Rechte der Gauvorstände zur Tagesordnung überzugehen.“

Es folgt dann der Punkt: Besprechung über die allgemeine tarifliche Lage, wozu 24 Anträge vorliegen und ein Antrag Gau Berlin, den Tarif zu kündigen. Nach mehrstündigem, sehr ausführlichem Referat und einer Erklärung des Referenten Schliebs ziehen die Delegierten des Berliner Gaus den Antrag auf Kündigung zurück und erklärt Raffini, daß der Antrag nicht wegen Tarifgegenwart des Gaus Berlin gestellt sei, sondern weil die jetzige Tariforganisation ihnen ungenügend erscheine und sie einen Tarifabschluß und Organisation zu Organisation für unbedingt notwendig halten und um das zu erzielen, vor einer Tarifkündigung nicht zurücktreten dürften, denn in erster Linie muß die Organisation anerkannt werden. Er erinnert daran, daß der Tarif nicht, wie im „Correspondent“ zu lesen war, erarbeitet, sondern erkämpft ist. Eine lebhafteste Diskussion über die inneren tariflichen Verhältnisse wird noch am vierten Verhandlungstag fortgesetzt und wird dann folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Generalversammlung beauftragt die Gehilfenvertreter, zu gegebener Zeit bei dem Tarifausschuß den Antrag auf Revision des Tarifes zu stellen. Eingegangene Abänderungsvorschläge sind seitens der Kreisvertreter an den Verbandsvorstand einzusenden und durch eine einberufende Gauvorsteherkonferenz mit den Gehilfenvertretern und Vertretern der einzelnen Spezialbranchen zu prüfen und zusammenzustellen und den tarifstreuen Gehilfen an einem Tage Bericht zu erstatten.“

Die materiellen Forderungen, die bei der Tarifänderung eingebracht werden sollen, wurden von den Verhandlungen ausgeschlossen und sollen der Gauvorsteherkonferenz überwiesen werden. Die Hilfsarbeiterfrage wird von der Spartenfrage getrennt behandelt, einem anderen Vorschlag entgegen auch öffentlich und übernimmt Mussial das Referat hierzu, der an einzelnen Angriffen, die durch Versammlungsberichte und offene Briefe in der „Solid.“ erfolgten und durch den „Corresp.“ widerlegt wurden, beweisen will, wie wenig berechtigt und begründet unsere Beschwerden sind; z. B. in Sachen Hannover. Er kritisiert das Verhalten der Hilfsarbeiter in Tariffragen, die nach seiner Ansicht, weil zu wenig verstanden, nicht eingehend genug geprüft waren und darum auch kein Tarif zustande kommen konnte. Er verurteilt die Haltung der „Solidarität“ und der „Gr. Presse“, in welcher wiederholt an dem Solidaritätsgefühl der Buchdrucker gezweifelt wird und daß man dort eine unnötige Gewissensschärferi unternahme. Die Hilfsarbeiter haben von den Buchdruckern viel gelernt und können noch manches lernen; des weiteren kritisiert Redner verschiedentlich unser Verhalten.

Kollegin Thiede gibt in längeren Ausführungen unsere Gründe an, die uns in Leipzig und Berlin veranlaßten, die angebotene Tarifgemeinschaft mit den Prinzipalen nicht abzuschließen; sie zeigt an Zahlen und durch eingehende Schilderung der örtlichen Verhältnisse großer Druckorte, daß wir die uns angebotene Tarifgemeinschaft ohne bewußte Schädigung der Organisation nicht eingehen konnten und gibt bekannt, was die Kollegen und Kolleginnen an den verschiedenen Orten durch eigene Kraft und unablässige Arbeit erzielt haben. Rednerin beweist auch durch eingehende Schilderung der Berliner Verhältnisse, daß wir unsere Verhandlungen, nachdem der Arbeitsnachweis nicht in der bestehenden Form erhalten bleiben sollte, abbrechen mußten. Sie zeigt an Beispielen, daß wir den Reunstunden-

tag den Buchdruckern nicht zu verdanken haben, denn da, wo die Prinzipale nicht aus Zweckmäßigkeitsgründen für das gesamte Personal eine einheitliche Arbeitszeit einführten, oder wo diese nicht durch energischen Kampf vom Hilfspersonal selbst erzwungen ist, da besteht auf heute noch die 9½-stündige Arbeitszeit für das Hilfspersonal und die Leipziger Buchdrucker-Zunft stellt in ihrem neuesten „Tarif“, den sie selbst, ohne Hinzuziehung der Verbandsvertreter festsetzen will, auch jetzt noch als selbstverständlich die 9½-stündige Arbeitszeit auf. Auch schildert Rednerin, wie durch die Entwicklung der Technik die Hilfsarbeiterfrage ganz anders zu behandeln ist und wie wenig man berechtigt ist, hier über ein zu großes Umsichgreifen der Hilfskräfte zu sprechen; denn nicht heimlich, sondern unter den Augen der Buchdrucker im täglichen Zusammenarbeiten sei diese Bervollkommnung entstanden und mehr als ungerecht wäre es, wollte man jetzt vielleicht mit einem Beschlusse die Hilfsarbeiter vom Tiegel und aus anderen Zweigen verdrängen. Sie verteidigt die auf dem Verbandstag in Halle angenommene Resolution, die weber konfus sei (wie Mussial behauptete), noch irgendwie aus einem Echnmachtsgefühl entsprungen sei und beweist, daß durch die Vorgänge in Hannover, München, Cassel und Leipzig ein anderer Beschluß garnicht gefast werden konnte. Rednerin ersucht die Generalversammlung, eine präzise Antwort hierauf zu geben.

Eisler-Berlin hätte gewünscht, daß der liebenswürdige Ton der Frau Thiede auch auf dem Kongresse hätte walten mögen, dem anzunehmen er das zweifelhafteste Vergnügen hatte. Wenn auf Vorgänge wie in Hannover und Berlin hingewiesen würde, so muß man fragen, wo liegt denn eigentlich die Wahrheit? Man muß leider erfahren, daß man dieselbe unbegründet die schwersten Vorwürfe gegen die Buchdrucker erhebt, wie dies auch auf dem Kongresse der Hilfsarbeiter gelehrt ist. Ferner darf man nicht vergessen, daß der Maschinenmeister der Verantwortliche ist, so daß man die verlangte Gleichberechtigung doch noch etwas hinauschieben muß. Es sei eine Schmach, daß auf dem Kongresse ein Kollege die Anwürfe gegen die Buchdrucker unterstüßt habe. Die Situationen sind an den einzelnen Orten verschieden, deshalb ist es erklärlich, daß man in Berlin keine große Liebe einem allgemeinen Tarifvertrage entgegenbringt. Da nun alle drei in Betracht kommenden Organisationen Tarifverträge besitzen, so ist die Lage besonders schwierig. Wir werden alles im Bereiche der Möglichkeit Liegende tun, aber die auf diesem Kongresse gefaste Resolution werden wir nicht akzeptieren. Die Hilfsarbeiter haben uns verschiedentlich Dienste geleistet, ohne uns aber aus taktischen Gründen dazu zwingen zu lassen, bei einem Streik von Segern und Druckern das Hilfspersonal mit herauszuziehen. Da könnten wir unter Umständen dem Prinzipale einen Gefallen tun. Redner wendet sich dann gegen den in der Arbeiterpresse stehenden Kongressbericht, dessen einzelne Sätze Redner verliest und dabei hinweist, daß er nicht im entferntesten das gesagt hat, was in den Berichten steht. Redner verwahrt sich ausdrücklich dagegen, daß bei den Berichten in einseitiger Weise Stellen gerissen werden; wir müssen verlangen, daß in objektiver Weise berichtet wird und nicht in einseitigster parteipolitischer Weise.

Zur Sache spricht noch Mezhäuser in ähnlichem Sinne wie Mussial. Er würde es geradezu für ein Unglück halten, wenn sich die Buchdrucker durch selbstverständliche Arbeitssolidarität verleiten lassen würden, sich in der Hilfsarbeiterfrage festzulegen, sich selbst zum Schaden und den Hilfsarbeitern nicht zum Nutzen, auch würden dann die Bewegungen wie Pilze aus der Erde schießen.

Scheffer-Berlin spricht in unserem Sinne. Fiebler-Breslau meint, daß trotz aller Unterstützung der Hilfsarbeiter die Buchdrucker nur Un dank gemerkt hätten. Kloth, Vertreter der Buchbinder, bespricht das nach seiner Ansicht selbstverständliche Zusammengehen bei wichtigen Fragen nach vorbriger Verständigung und verliest einen zwischen den graphischen Verbänden anerkannten Vertrag.

Sillier, Vertreter der Lithographen und Steindruckers, erklärt seine Bereitschaft bei gemeinsamem Vorgehen, doch könnten sie eventuellem Verlangen, auch für Unorganisierte einzutreten, nicht nachkommen; er stellt sich auf Mussials Standpunkt, kann aber dessen Empfindlichkeit nicht teilen.

Kollege Schulze-Leipzig schildert die Leipziger Vorgänge bei Hirschfeld und dann bei Klinkert, wo

auch jetzt noch organisierte Buchdrucker mit Streifbrehern zusammen arbeiten und zeigt, daß hier nicht richtig gehandelt ist. Eine Antwort auf eine am 29. Mai erfolgte Anfrage ist vom Leipziger Vorsitzenden noch nicht erfolgt. Durch Zufall bestätigt Engelbrecht-Leipzig, daß er die Antwort vom Verbandsvorstand erhalten habe und noch nicht an Sch. abgedruckt hat.

Es sprechen hierzu noch verschiedene Redner und wird dann folgende von Döblin eingebrachte Resolution verlesen:

„Die Generalversammlung erklärt es als selbstverständliche Pflicht der Mitglieder, die Bestrebungen der Hilfsarbeiter zur Hebung ihrer Lage zu unterstützen. Ein aktives Eintreten der Mitglieder zur Unterstützung der Forderungen der Hilfsarbeiter kann jedoch nur nach vorheriger Zustimmung des Verbandsvorstandes erfolgen.“

Zu vorliegender Resolution gibt Döblin noch die Erklärung ab, daß bei unvorhergesehenen Ereignissen die Genehmigung des Zentralvorstandes zu einem Vorgehen nachträglich eingeholt ist.

Darauf wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Kollegen Thiede erklärt, daß nach dieser Resolution die Sachlage kaum verändert sei, doch hofft sie, daß diese Aussprache dazu geführt hat zu zeigen, daß die Hilfsarbeiterorganisation nicht blind und taub durch die Welt geht, sondern bei all ihren Handlungen stets sich der Situation bewußt war und alle Maßnahmen, die im Interesse der Organisation notwendig waren, vertreten kann. Sie erklärt, daß Mitteilungen bei beachtlichem Vorgehen stets erfolgen werden, daß aber den anderen Grundorganisationen wohl ein beratendes Recht, aber kein beschließendes in den Hilfsarbeiterfragen zuzusprechen, denn sie seien eine selbständige Organisation, die auch erst vorher genau prüft, ob und wann die Situation günstig sei und wann Forderungen möglich sind. Sie erklärt, wenn obige Resolution das gewünschte Resultat nicht zeitigt, sie mit gesammeltem Material und weiteren Anträgen an die spätere Generalversammlung kommen werden, bis dann endlich die notwendigen Dinge einheitlich erledigt werden können.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Faktisch bemerkt Seib-München: In dem Falle München ist zu bemerken: daß seitens der Hilfsarbeiterorganisation nicht Beteiligung am Streik, sondern nur Verweigerung von Hilfsarbeiterarbeit verlangt wurde. Dem ist vollständig Rechnung getragen worden. Festzustellen ist weiter noch, daß uns erst Kenntnis von der Bewegung gegeben wurde, nachdem die Stellen der Ausgetretenen bereits besetzt waren.

Es folgt nunmehr Statutenberatung und wird nach einem Vortrage Eilers über die Unterstützungssätze durch Abstimmung festgestellt, wieviel Vertreter für eine Beitragserhöhung sind, damit die einzusetzende Kommission eine Richtschnur habe. Für eine Beitragserhöhung stimmen 39 Delegierte und werden der Kommission auch die Anträge, welche größere Ausgaben für den „Corresp.“ ergeben würden, überwiesen. Die Kommission besteht aus elf Personen.

Am fünften Tage ist die Korrespondenzdebatte und beweist Kexhäuser nach heftigen Angriffen verschiedener Delegierter, daß die besonders heftig angegriffenen Artikel und Briefkastennotizen nicht von ihm sind, sondern von seinem Hilfsredakteur Willy Strahl und erklärt Redner in 2½-stündiger Rede, wie die Gegenfälle mit Leipzig und überhaupt alle vorliegenden Differenzen entstanden seien. Nach sehr lebhafter, zum Teil heftiger Debatte, wird die Wahl einer Prüfkommision abgelehnt und die Verlegung des „Corresp.“ nach Berlin mit nur geringer Majorität gleichfalls abgelehnt.

Am Sonntag wurde die Spartenfrage behandelt und sprachen nach dem einleitenden Referat von Mussial, Kräfte-Berlin ausführlich über die Notwendigkeit der technischen Vereinigungen; auch spricht je ein Vertreter der Korrektoren, Maschinenleger, Schriftgießer und Stereotypenre, worauf folgende Resolution einstimmig angenommen wurde:

„Die Generalversammlung erkennt an, daß die im Rahmen des Verbandes wirkenden Spezialorganisationen der Maschinenmeister, Maschinenleger, Korrektoren, Schriftgießer, Stereotypenre und Galvanoplastiker unter den heutigen Verhältnissen eine dringende Notwendigkeit sind. Es wird aner-

kannt, daß gerade die Spezialorganisationen imstande sind, die dem Verbands so nützlich: Aufklärung unter den Mitgliedern zu fördern, andererseits der technischen Ausbildung den größtmöglichen Vorstoß zu leisten. Aus diesen Gründen wird der Zentralvorstand ermächtigt, sich notwendige Kongresse einzelner Sparten finanziell zu unterstützen. Auch steht ihm eine Mitbestimmung über Ort, Zeit und Vertretung auf solchen Kongressen zu.

Die Generalversammlung verurteilt jedoch entschieden Bestrebungen, die ein vom Verband gebildetes Unterstützungsweien propagieren.“

Eine andere Resolution, welche sich der Interessen der Schriftgießer bei Sechsmaschinen mit Tiefapparaten annimmt, wird als Material zur Tarifberatung dem Vorstande nebst den dazu berufenen Verbandsfunktionären überwiesen.

Es wurden noch die Punkte Statutenberatung, internationale Beziehungen und der Kölner Gewerkschaftskongreß verhandelt, sowie einige Unterstützungsätze erhöht. Eine Beitragserhöhung wurde nicht vorgenommen. Extrarheben von Beiträgen, wie im Grimmitzdauer Ausstand und Bergarbeiterstreik, ist künftig nicht mehr zulässig.

Zu der Nachmittags Sitzung wird anlässlich eines Leipziger Antrages die Stellung Strahls in der Redaktion des „Corresp.“ besprochen. Der Antrag wird durch eine Erklärung des Vorstandes erledigt, daß eine Aussprache mit den Redaktionsmitgliedern zwecks Abstellung der auf der Generalversammlung zur Sprache gebrachten Beschwerden erfolgen soll, um den berechtigten Wünschen der Generalversammlung gerecht zu werden.

Für das in Leipzig errichtete Dürfel-Denkmal trägt der Verband den Kostenrest von 4000 Mark. Döblin, Eisler und Kexhäuser wurden wiedergewählt.

Korrespondenzen.

Marienruhe. In der am 18. Juni stattgefundenen Mitgliederversammlung erriete unter Delegierter, Kollege Hof, in eineinhalbstündigem Vortrag einen ausführlichen Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. Da sämtliche Beschlüsse in ausführlicher Weise schon in unserem Verbandsorgan bekannt geworden sind, erübrigt es sich, noch einmal an dieser Stelle näher darauf einzugehen. Eine Diskussion fand trotz wiederholter Aufforderung nicht statt. Kollege Leible erriete Bericht über die letzte Kartelltagung. Sodann wurden 3 Renaunahmen vollzogen. Unter Verschiedenem kam der Vorsitzende auf die Vorkommnisse in der letzten Versammlung zu sprechen und bedauerte, daß hierdurch der frühere Vorsitzende, sowie einige Mitglieder in der Müllerischen Druckerlei ihren Austritt aus der Organisation erklärt hätten. Wir müssen versuchen, diese Kollegen wiedergewinnen und so energisch in die Agitation eintreten, daß sämtliche Kollegen und Kolleginnen für die Organisation gewonnen werden. In der Diskussion hierbei waren sich alle Redner einig darin, daß hier etwas geschehen müsse und wurde beschlossen, sobald wie möglich eine Druckerleiversammlung der Müllerischen Kollegen einzuberufen. Nach einer Ermahnung des Vorsitzenden an die Mitglieder, alle tüchtig mitzusehen in der Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder schloß der Vorsitzende die nur mäßig besuchte Versammlung.

Berlin I. Versammlung vom 21. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte die Vorsitzende mit, daß unser langjähriges und treues Mitglied Minna Küster, geb. Knecht, an der Proletarierkrankheit gestorben ist und ehrte die Versammlung das Andenken der Verstorbenen in üblicher Weise. Ferner ist richtig zu stellen, daß unser Mitglied Frieda Friedrich nicht identisch ist mit der in unserer letzten Versammlung bezeichneten Streifbreherin von Mladom, Namens Frieda Friedrich. Sodann berichtete die Vorsitzende von einigen Druckerlei-Versammlungen, welche meist nur aus allgemeinen Ursachen heraus notwendig waren; da die Konjunktur jetzt loszulegen die schlechteste im ganzen Jahre ist, konnte intensiver nicht gearbeitet werden. Zum 2. Punkt gab die Vorsitzende in großen Zügen einen Bericht vom Verbandstage. Sie hebt hervor, wie ein jeder der Delegierten bemüht war, den Anforderungen und Wünschen der anderen gerecht zu werden und wie jeder nach Kräften das Beste des Verbandes gewünscht und gewollt hat. So sind die von unserer Jahrestelle beantragten Venderungen sämtlich angenommen. Hauptächlich ist mitzuteilen, daß beschlossen wurde, die Arbeitslosen-Unterstützung zu erhöhen und eine Krankenunterstützung, deren Zweckmäßigkeit allen Mitgliedern ohne weiteres klar sein sollte, einzuführen. Um dieses zu ermöglichen, mußten allerdings die Beiträge erhöht werden und zwar bis zu einem Wochenverdienst von 15 Mk. und

5 Pf., und bei einem Verdienst über 15 Mk. um 10 Pf. Bei uns kamen die Wagenfängerinnen mit 25 Pf. Beitrag und die Anlegerinnen mit 30 resp. der Erbsenblat dazu mit 40 Pf. Beitrag in Frage. Dafür werden die in Nr. 15 der „Solid.“ enthaltenen Unterstützungsätze gesalbt. Ferner machte sich durch das erfreuliche Annahmen der Mitgliederzahl die Anstellung eines Beamten notwendig und wurde Kollegin Thiede als Verbandsvorsitzende und Redakteurin mit einem festen Gehalt angestellt. Zum Schluß ermahnt die Vorsitzende die Mitglieder, für diese absolut notwendige Beitragserhöhung zu agitieren und bittet, daß sie die übrigen Mitglieder, die eventuell diese 10 Pf. mehr nicht gern zahlen, aufklären. Sodann wurde, da gegenwärtig eine verhältnismäßig hohe Zahl von Arbeitslosen auf dem Nachweis sind, gewünscht, die letzten Arbeitslosen mögen nicht so streng verpflichtet sein, täglich im Arbeitsnachweis zu erscheinen und wurde folgender Antrag angenommen: „In Anbetracht, daß der Arbeitsnachweis übermäßig überfüllt ist, beantragen wir, den Mitgliedern, welche die Zahl 15 überschreiten, die Woche mindestens 4 Tage frei zu geben; jedoch steht es im Belieben der Mitglieder, davon Gebrauch zu machen.“ Weiter entpant sich eine heilige Debatte über zu schroffes Entgegenkommen der Arbeitsnachweis-Verwalterin den Mitgliedern gegenüber, in deren Verlauf die Verwalterin ihre Kündigung auspricht.

Berlin, Jahrestelle III. Bericht von der Generalversammlung vom 25. Juni. Diefelbe war ziemlich gut besucht. Zunächst macht Kollege Gust den Vorschlag, den Bericht des Delegierten der Gewerkschaftskommission mit auf die Tagesordnung zu legen. Die Versammelten gingen hierauf ein. Zum Protokoll sprachen die Kollegen Schäfer, Schönau und Auit, welche letzterer speziell für die Kollegen Bund eintritt und dieselbe gegen die in der letzten Versammlung gegen sie laut gewordenen Vermuten, welche infolge der ungeschickten Geschäftsführung des damaligen Vorsitzenden Müller hervorgerufen wurden, verteidigt. Es wurde daraus den Versammelten klar, daß der Kassierer damals ein großes Unrecht geschehen ist und haben sie das Vertragen, daß die Kollegin Bund auch weiterhin ihr Amt als 1. Kassiererin gewissenhaft erfüllen wird. Unter Geschäftlichem gibt Auit bekannt, daß 3 Vorstandssitzungen insoweit nötig waren, ferner haben 2 Geschäftsaufnahmen stattgefunden, davon eine in der Firma Abrecht & Meißner, in welcher der ehemalige Vorsitzende der Jahrestelle III beschäftigt ist. In dieser Geschäftsaufnahme forderte der ehemalige Vorsitzende Müller den Kollegen Auit auf, er solle ihm einmal den Wert und Nutzen der Organisation erklären. Eine solche Frage, noch dazu von einem ehemaligen Vorsitzenden einer Jahrestelle gestellt, wirkt geradezu lächerlich. Nebenbei bemerkt mußte unser „Held“ wegen Beitragsstreifen aus dem Verband ausgeschlossen werden. Die zweite Geschäftsaufnahme in der Firma Meyer hatte 19 Renaunahmen zu verzeichnen. Kollege Schäfer erlucht den Vorstand, unter den Schleifern eine rege Agitation zu entfalten und möchte die Schleiferkollegen der Jahrestelle zur nächsten Versammlung per Karte eingeladen haben, damit ein besserer Versammlungsbefuch dadurch erzielt werde. Hierauf wurde der Grund angegeben, warum der Bericht von der letzten Versammlung in der „Solidarität“ fehlt. Kollege Auit berichtet sodann über die Generalversammlung in Halle und erläutert die daselbst gefassten Beschlüsse. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen: Die heute am 25. Juni tagende Generalversammlung der Jahrestelle III ist mit dem Bericht des Delegierten vom Verbandstage sehr zufrieden. Die Versammlung erkennt in den Beschlüssen, welche auf dem Verbandstage gefaßt sind, sehr Wichtiges und Erspriechliches für unsere Jahrestelle“. Alsdann entspannen sich noch über einzelne Punkte vom Verbandstage lebhaft Diskussionen, an denen sich mehrere Kollegen beteiligten. Dem Schleiferkollegen widmete man sodann einige Worte. Kollege Auit erklärte unter anderem, daß der Steindrucker- und Lithographenverband das Verprechen gegeben hat, sobald auf seinem Nachweis Nachfrage nach Schleifern sei, unsere Jahrestelle davon in Kenntnis zu setzen, dagegen dem Lokalverband der Steinschleifer keinerlei Nachricht zukommen zu lassen. Kollege Mühlenderlein forderte die Kollegen auf, sich doch mehr auszusprechen, damit Mißstände und dergl. dem Vorstande bekannt würden, in der Versammlung kann doch jeder seine Meinung vorbringen. Der Delegierte Kollege Schönau sibt den Geschäftsbericht der Gewerkschaftskommission und bittet die Anwesenden, die Barbier, sowie die Cigarettenarbeiter und Arbeiterinnen in ihrem Kampfe zu unterstützen, insofern, daß die Kollegen sich nur dort raufen lassen, wo durch Plakate angedeutet ist, daß die Forderungen der Gehilfen bewilligt sind und daß ferner die Kollegen keine Dresdenner Zigaretten rauchen. Kollege Schönau behält das Amt eines Delegierten weiter. Es wurden noch verschiedene Vorschläge gemacht; u. a. sollen an die

Prinzipale Zirkulare betreffs der Schleifer (Arbeits-schleifer) gefandt werden, da der Lokalverein der Schleifer dieses schon getan hätte, sodann schlägt Kollege Schönau eine Geschäftsverammlung bei Heimann & Schmidt vor. Kollege Ault macht bekannt, daß in aller nächster Zeit verschiedene Geschäftsver-mählungen vom Vorstande einberufen werden und wünscht, daß auch die einzelnen Kollegen im Interesse des Verbandes arbeiten mögen, dann wird auch die Zahlstelle wachen und somit das halten können, was sie sich vorgenommen hat. Wir wollen uns auch von Seiten der übrigen Zahlstellen durch unsere Arbeit bald Achtung erzwingen. Mit einem Hoch auf die Zahlstelle III schloß der Vorsitzende darauf die Verammlung. S. E.

Rundschau.

Der Deutsche Buchdrucker-Verein hatte seine diesjährige Generalversammlung in Cassel. 150 Delegierte waren aus allen Teilen Deutschlands erschienen. Die Verhandlungen fanden am 17. Juni im Hotel Schirmer statt. Der Buchdrucker-eigener Hesse-Verlag leitete die Verhandlungen und stellte aus dem Rechenschaftsbericht fest, daß der Prinzipalverein von 1600 Mitgliedern des Vor-jahres jetzt auf 2500 angewachsen ist. Die 2412 Firmen des Deutschen Buchdrucker-Vereins beschäf-tigen von 40.000 tarifstreuen Gehilfen ca. 29.000. Das Vereinsvermögen belief sich Ende 1904 auf 15.801,45 Mk.

Buchdrucker-eigener Klinckard referierte über: „Mit der Kreditgewährung an den Buchhandel auf Niermehlgel heute noch zeitgemäß?“ Eine der alt-bergrachten Einführung entgegenstehende Reso-lution wurde angenommen. Büntzlein-Berlin referierte über entfallende Namtsliste zwischen dem Buchdrucker-Verein und dem Verein der Schrift-geldereibesitzer, und wurde nach jeir lebhafter Dis-kussion eine von Büntzlein eingebrachte Resolution einstimmig angenommen.

Ueber die Tarifverhältnisse unter Berücksich-tigung des im nächsten Jahre ablaufenden Tarifs waren die Verhandlungen vertraulicher Natur und erforderten eine längere Debatte.

Im Anschluß an die Tarifangelegenheit hatte sich der Vereinsvorstand verschiedentlich mit der Hilfsarbeiterfrage beschäftigt, die in den großen Städten immer mehr an Bedeutung gewinnt. Es sei nicht zu verkennen, daß durch das Aufstehen einer neuen Organisation, die sich anschießt, als Bewerber um die Eigenschaft eines Tarifver-trag-schließenden aufzutreten, eine gewisse Beunruhigung in das Gewerbe getragen werde; man müsse daher die gegebenen Tatsachen in Erwägung ziehen.

Die nächste Generalversammlung soll in München stattfinden.

Das Richard Härtel-Denkmal. Am zweiten Pfingstfeiertage wurde auf dem südöstlichen Teil des Leipziger Südfriedhofes dem Verbandsgründer und langjährigen Vorsitzenden des Verbandes der deut-schen Buchdrucker ein Denkmal errichtet.

Das etwa 2 1/2 Meter hohe Denkmal macht einen sehr guten, würdigen Eindruck. Das 1,85 Meter hohe, aus dunklem, roten schwedischen Granit gefertigte Postament ruht auf einem hohen Sockel aus grauem Granit und trägt vorn ein Bronze-Relief, welches letzteres gleich der 90 Zentimeter hohen Büste Richard Härtels von Bildhauer Ver-nardien-Berlin modelliert und aus echtem Bronze-guß von Rod & Brückner in Leipzig hergestellt ist. Der Gesamtentwurf des Denkmals stammt von dem Bildhauer Cöllen in Leipzig, während Professor Sonegger-Leipzig das Motiv zum Relief gab. Unter der in der Richtung der „Moderne“ mit dem Ge-samtstil des Denkmals harmonisierenden Bronzebüste liest man:

RICHARD HÄRTEL

9. 12 1835 — 26. 9. 1908

und unter dem Relief als Aufschrift:

SEINEM BEGRÜNDER

DER

VERBAND DER DEUTSCHEN BUCHDRUCKER.

Schon gewählt und wirkungsvoll an und für sich ist das Relief, das einmal in einer fräftigen un-wüch-tigen Geste das Lebenswerk des Unvergessenen, den Verband vernunftbildlichen soll, Wachstum und Stärke atmet. Im Vordergrund reichen sich zum Zeichen der Verbrüderung und Einigkeit Alt und Jung, der rüstig mit dem Werk Beginnende und der feierliche Alte die Hände. Jedemfalls wollte der Künstler hiermit das feste Zusammenhalten trotz der überall auftretenden Gegenläufe charakterisieren. Etwas im Hintergrunde fällt eine Gruppe auf. Ein

anscheinend mit dem Weien des Verbandes Ver-trauter weist einen noch Unwissenden auf die Stärke und Einigkeit desselben hin. Das ganze Relief auf dem farbig-schimmernden Postament wirkt groß-artig, wie auch der vor dem Denkmal sich erhebende niedrige und mit Epheu überpommene Grabhügel in seiner Einfachheit einen schönen und friedlichen Ein-druck macht.

Eine zahlreiche Sängerschlar aus verschiedenen Gauen, die den ersten mitteldeutschen Buchdrucker-sängertag feierten, sangen einige Lieder, Döblin hielt die Weiberede, in der er das Leben und Wirken Härtels hervorhob. Der Verbandsvorstand der Buchdrucker und die Redaktion, ebenso zahlreiche Vertreter verschiedener Gauen legten Kränze nieder.

Die Lohnbewegung bei Grünbaum in Cassel. Die Lohnbewegung wurde durch sehr schlechte Ver-hältnisse notwendig und es wollte erst scheinen, als ob überhaupt keinerlei Aussicht auf Erfolg vorhan-den sei, zumal die sofortige Entlassung einer Ver-trauensperson, trotzdem sie Kündigung hatte, wegen Verteilen von Verammlungseinladungen erfolgte. Die Firma hatte bei früheren Verhandlungen mit Sillier geäußert, daß sie betreffs der Hilfsarbeiter-frage mit Kollegin Thiede verhandeln wolle; als aber die Kollegin sich zur Verhandlung anmeldete, wurde letztere abgelehnt und es erfolgte nach einige Entlassungen, unter anderen auch die eines Kol-legen, der schon 16 Jahre dort beschäftigt war. Nunmehr gaben alle die Arbeit auf und nachdem der Ausstand länger als eine Woche gedauert hatte, ver-langte Grünbaum, daß Sillier und Kollegin Thiede sofort zur Verhandlung kommen sollten. Beide konn-ten ihr Eintreffen erst einige Tage später ankündigen und nun war die Firma bereit, mit unierem Casse-ler Vertreter, Herrn Sauer, und dem Vorsitzenden der Lithographen und Steindruckere zu verhandeln. Nach achtstündiger Verhandlung wurden alle gestellten Forderungen bewilligt und ist der Gesamterfolg in erster Linie dem einmütigen Eintreten der Litho-graphen und Steindrucker zu verdanken, die bereit waren, im Falle der Ablehnung unserer Forderungen die Kündigung einzureichen. Es sind Lohn-erhöhungen und andere bedeutende Verbesserungen erzielt worden.

In die vom Arbeitersekretariat Nürnberg aus-geschriebene Stelle wurde als Agitatorin und Bureauarbeiterin Fr. S. Grünberg-Berlin, Mit-glied des Schneiderverbandes, gewählt.

Frauen im Dienste der Gemeinde München. Zum Entzügen vieler Spießbürger hat der Münche-ner Magistrat beschlossen, weibliche Arbeitskräfte im Schreib- und Verwaltungsdienst der Gemeinde zu verwenden und zwar sowohl zur Aushilfe, wie als wirkliche Hilfsarbeiterinnen und ständige weibliche Gemeindebedienstete. Aus den Sitzungen zur Ord-nung der Dienst-, Gehalts- und Pensionsverhältnisse der weiblichen Gemeindebediensteten seien die folgen-den Bestimmungen hervorgehoben. Die Gewer-berinnen sollen in der Regel das 17. Lebensjahr zu-rückgelegt und das 25. nicht überschritten haben; sie müssen sich über die vollständige körperliche und geistige Befähigung zu den Aufgaben des Dienstes und tadelloses sittliches Verhalten ausweisen können, ledig sein und zu einer achtbaren Familie gehören, beziehungsweise Anschluss an eine solche haben. Sie haben sich einer Prüfung im Deutschen und Rechnen, in Geographie usw., in der Gabelsberger Steno-graphie und im Maschinenschreiben zu unterwerfen. Das Zeugnis einer höheren Mädchenschule, der Han-

delsschule usw. entbindet von dieser Prüfung. Nach Ablauf einer sechsmonatlichen Probezeit steigt die Aushilfsbedienstete zur wirklichen Hilfsarbeiterin auf; nach 4 Jahren kann die letztere ständige Ge-meindebedienstete werden. Die Hilfsarbeiterinnen beziehen ein Tagelohn, das zwischen 2 Mk. und 2,50 Mark beträgt und von zwei Jahren um 25 Pf. steigt. Das Gehalt der ständigen weiblichen Gemeindebediensteten beginnt auf der niedrigsten Staffel mit 1020 Mk. jährlich und erhöht sich für die fünfte Stufe — nach 15 Jahren Dienstzeit — auf 1404 Mk.; von der fünften Stufe an erfolgen von fünf zu fünf Jahren Zulagen von 96 Mk. Bei Er-krankung erhalten die gegen Tagelohn angestellten Hilfsarbeiterinnen, was den männlichen Hilfsarbei-tern in diesem Falle gewährt wird. Ständige weibliche Gemeindebedienstete beziehen bei gänzlicher oder zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit — vorausgesetzt, daß sie seit fünf Jahren ständig angestellt sind — eine Rente, deren Höhe sich nach dem Gehalt und der Dienstzeit bemittelt. Es wird ihnen dafür vom Tage ihres Eintritts als ständige Bedienstete an 3 pCt. am Gehalt abgezogen. Sofern der Dienst er-gestattet, erhalten im Jahre die wirklichen Hilfs-arbeiterinnen acht, die ständigen Gemeindebedien-ten vierzehn Tage Urlaub.

Verammlungsanzeigen.

Zahlstelle Leipzig, Montag, den 10. Juli, abds. 7 1/2 Uhr: **Mitglieder-Verammlung** im Ranthron. Tagesordnung: Diskussion zum Bericht der Halle-schen Generalversammlung, der Dresdener Generol-versammlung der Buchdrucker; Tarif der Buch-drucker-Innung Leipzig. Zu zahlreichem Besuch ladet ein J. A.: **Der Vertrauensmann.**

Berlin, Zahlstelle 11. **Mitglieder-Verammlung** am Sonntag, den 16. Juli, mittags 2 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75. Die Tagesordnung wird in der Verammlung bekannt gegeben. Zahl-reichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Nachruf.

Am Pfingstsonntag, den 11. Juni verstarb nach gebuldigem Leiden eine unserer besten Kolleginnen

Frieda Döhler

(Vertrauensperson der Firma Bobach) im Alter von 28 Jahren.

Ein bleibendes Andenken bewahrt ihr stets Die Mitgliedschaft der Zahlstelle Leipzig.

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 26. Juni cr. starb nach langem Leiden unser Kollege

Hermann Falßit

im Alter von 26 Jahren und 9 Monaten. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Zahlstelle Strahburg.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Zahlstellen I und II Berlin.

Sonntag, den 23. Juli 1905

Großes Sommer-Fest

in Ludwigs Park-Restaurant und Garten, Treptow, Köpenicker Landstr. 25-26 unter gütiger Mitwirkung des Singschloßvereins „Solidarität“, der Vollsänger-Gesellschaft „Edwardschiff“ und der Instrumental-Humoristen Mr. Garrison und Berge.

Eröffnung 2 Uhr. Anfang des Konzerts 4 Uhr. Programm 30 Pf. Kinder frei.

Im großen Saale von 4 Uhr ab: — Tanz. — Für Kinder-Belustigungen aller Art ist geforgt. Stocklaternen und Mützen gratis. Fackelzug bei bengalischer Beleuchtung.

Gäste sind herzlich willkommen.

Das Komitee.